



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

07/2014 – 23.05.2014

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

in dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages haben wir mit dem politisch nicht unumstrittenen Rentenpaket der Bundesregierung mehrere Gesetze verabschiedet, von welchen uns insbesondere die Mütterrente ein überaus wichtiges Anliegen war. Zudem haben die vergangenen Tage natürlich ganz im Zeichen der anstehenden Europawahl gestanden.

Mehr hierzu und weitere Informationen zu den Plenardebatten lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Abschließend würde ich mich freuen, wenn Sie am Sonntag wählen gehen und mit Ihrer Stimme für die CDU Deutschland und Europa weiter stärken.

Mit den besten Wünschen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Rentenpaket verabschiedet

Mit Verbesserungen bei der Mütterrente und der vorzeitigen Rente nach 45 Beitragsjahren hat der Bundestag in dieser Sitzungswoche **dem Rentenpaket der Bundesregierung zugestimmt**. Besonders die **Mütterrente war ein wichtiges Anliegen der CDU/CSU-Fraktion**. Bei der Verbesserung geht es darum, dass Müttern von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, ein zusätzliches Er-



(© BMAS)

ziehungsjahr in der Rente anerkannt wird. Das ist wichtig, da damals noch kein Netz aus Kinderbetreuungseinrichtungen vorhanden war, das es Müttern erlaubt hätte, berufstätig zu sein und somit für die Rente vorzusorgen.

Mit dem Gesetzentwurf zur Rente nach 45 Beitragsjahren haben wir uns **kritisch auseinandergesetzt und deutliche Änderungen erreicht**. So sollen in den letzten beiden Jahren vor der Rente mit 63 keine Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs mitgezählt werden. **Damit wird eine Frühverrentungswelle verhindert**, bei der Arbeitnehmer sich mit 61 arbeitslos melden und nach zwei Jahren Arbeitslosengeldbezug mit 63 nahtlos in die Rente übergehen könnten.

Ausgenommen von der individuellen Stichtagsregel gegen die Frühverrentung sind Arbeitnehmer, die von der Insolvenz ihres Unternehmens oder der Geschäftsaufgabe betroffen sind. Auch freiwillig Versicherte, insbesondere selbstständige Handwerker, die nach 18 Jahren Pflichtbeitragszahlung in die freiwillige Versicherung gewechselt sind, können von der Rente mit 63 profitieren.

Neu ins Rentenpaket aufgenommen wurde auf unser Betreiben hin zudem die „Flexi-Rente“. Danach können Arbeitnehmer nach der Regelarbeitsgrenze beim selben Arbeitgeber mit einem befristeten Arbeitsvertrag weiterbeschäftigt werden. So kommen wir den Wünschen derer entgegen, die sich mit 65 zu fit für die Rente fühlen. Diese Regel ist auch eine Maßnahme gegen den Facharbeitermangel, der infolge der demografischen Entwicklung auf Deutschland zukommt.

Abschließend gilt zudem zu betonen, dass die **Rente mit 63 ein Übergangsmodell** darstellt und bis 2029 schrittweise in eine Rente mit 65 umgewandelt wird.

Weiterführende Informationen zum Rentenpaket finden Sie auf der Homepage des zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unter www.bmas.de.

Wahl zum Europäischen Parlament



(© Christiane Lang)

Am Sonntag, den 25. Mai wählen rund 400 Millionen Menschen auf unserem Kontinent ihr gemeinsames Parlament neu. Etwa ein Achtel der 751 Sitze werden über die deutschen Wahllisten bestimmt. Abgeordnete aus 28 Staaten werden ihre Mandate im Europäischen Parlament antreten. Ein deutlicher Kontrast zu der Zeit vor 100 Jahren, als die Völker Europas auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg

waren. Heute sichern wir Frieden, Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent gemeinsam. **Wir fühlen uns dem, was die Völker Europas in den letzten Jahrzehnten gemeinsam erreicht haben, verpflichtet** und haben in einem gemeinsamen Wahlauf Ruf von CDU und CSU deutlich gemacht, dass die Union die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung fortschreiben will.

So heißt es im Wahlauf Ruf, dass es Deutschland nur gut geht, wenn es auch Europa gut geht. Das Exportland Deutschland ist in besonderer Weise auf Europa als Wirtschaftsraum angewiesen. Wir brauchen eine stabile Währung als Voraussetzung für Wohlstand und Arbeit in Europa. Es ist wichtig, den von CDU und CSU geprägten Weg der Solidität und Eigenverantwortung weiterzugehen. **Wir wollen keine Vergemeinschaftung der Schulden und lehnen Eurobonds entschieden ab.** Alle Staaten müssen für ihre Schulden selbst haften. Der finanzpolitische Kurs der unionsgeführten Bundesregierung mit Angela Merkel an der Spitze muss fortgeführt werden.

Wir wollen zudem ein Europa, das weniger zentralistisch und weniger bürokratisch ist. Europa soll sich um die großen Gemeinschaftsaufgaben kümmern, aber nicht um alle Bereiche unseres Alltags. Wir wollen ein burgernahes Europa mit einem starken und handlungsfähigen Parlament. Dafür stehen die Kandidatinnen und Kandidaten von CDU und CSU.

Lassen Sie uns von unserem Wahlrecht Gebrauch machen und Deutschland und Europa stärken!

Den gemeinsamen Wahlauf Ruf von CDU und CSU zur Europawahl 2014 finden Sie auf der Homepage der CDU Deutschlands unter www.cdu.de.

Aktuelles aus dem Plenum



(© Deutscher Bundestag/Marco Urban)

In dieser Sitzungswoche wurde der **Bericht über die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages im Jahr 2013** vorgestellt. Das Dokument belegt die erfolgreiche und bedeutende Arbeit des Ausschusses, der sich mit den Eingaben und Petitionen der Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzt. Für uns besitzt dabei jede Petition, egal von wie vielen Unterstützern sie getragen wird, den gleichen Wert und wird für sich ernst genommen. Als CDU/CSU-Fraktion halten wir zudem an der grundsätzlichen Nichtöffentlichkeit der Beratungen im Ausschuss fest und vermeiden so, dass aus den ernsthaften und an der Sache orientierten Sitzungen eine Bühne für organisierte Interessen wird.

Wir haben zudem dem Antrag der Bundesregierung zur **Fortsetzung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Rahmen der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias** bis zum 31. Mai 2015 zugestimmt. Im Rahmen des Einsatzes tragen unsere Kräfte zur Sicherheit der Schifffahrt vor dem Horn von Afrika bei. Die seit 2008 bestehende Mission hat bereits erfolgreich zu einer klaren Reduzierung der Piraterie im Seegebiet vor und um Somalia geführt. Das deutsche Kontingent wird nun von 1.400 auf 1.200 Soldaten gesenkt.



(© Bundeswehr/Wilke)

Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaft nimmt weiter Fahrt auf. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im ersten Quartal 2014 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,8 Prozent höher als im vierten Quartal 2013. Damit hat der moderate Wachstumskurs des vergangenen Jahres (+ 0,4 Prozent im Schlussquartal 2013) an Dynamik gewonnen und liegt deutlich über dem EU28-Durchschnitt von 0,3 Prozent. Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich nach vorläufigen Berechnungen ausschließlich aus dem Inland. Die privaten Haushalte und der Staat erhöhten ihre Konsumausgaben zum Jahresbeginn. Auch die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen stiegen deutlich. Dagegen bremste der Außenhandel das Wirtschaftswachstum: Nach vorläufigen Berechnungen wurden zum Jahresbeginn 2014 weniger Waren exportiert, aber deutlich mehr Waren importiert als im Schlussquartal 2013. Im Vorjahresvergleich hat sich das Wirtschaftswachstum deutlich beschleunigt: Das preisbereinigte BIP stieg im ersten Quartal 2014 um + 2,5 Prozent (kalenderbereinigt + 2,3 Prozent; EU28: + 1,4 Prozent) und damit so stark wie seit über zwei Jahren nicht mehr.

(Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat)

Ukrainer für nationale Einheit. 77 Prozent der Ukrainer sprechen sich für die nationale Einheit aus, lediglich 14 Prozent sind der Meinung, dass sich Regionen nach Wunsch abspalten dürfen sollten. Im Westen des Landes und in der zentralen Region rund um die Hauptstadt Kiew sind sogar 93 Prozent für die nationale Einheit der Ukraine. In den östlichen Regionen ist die Zahl erwartungsgemäß niedriger, zeigt aber dennoch eine klare Mehrheit von 70 Prozent. Nur auf der von Russland annektierten Halbinsel Krim spricht sich eine Mehrheit von 54 Prozent für das Recht auf Abspaltung einzelner Regionen aus. Die Befragungen wurden nach der Annektierung der Krim durch Russland, aber vor den aktuellen gewaltsamen Auseinandersetzungen in den östlichen Regionen des Landes durchgeführt. Ein starker regionaler Unterschied ist auch in der Frage zu erkennen, ob Ukrainisch und Russisch offizielle Amtssprachen sein sollen. Während sich im Westen des Landes lediglich 30 Prozent dafür aussprechen, dass beide Sprachen offizielle Landessprachen sein sollen, sprechen sich im Osten 73 Prozent der Befragten dafür aus. Die Ukrainer äußern sich auch zum Einfluss externer Mächte: So wird die Arbeit der EU von 45 Prozent der Befragten als gut und von 33 Prozent als schlecht bewertet. Bei den USA sind es jeweils 38 Prozent, die ihre Rolle als gut beziehungsweise als schlecht bewerten. Der Einfluss Russlands wird von 67 Prozent als schlecht und lediglich von 22 Prozent als gut angesehen.

(Quelle: Pew Research Center)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid, Björn Simon

Bildnachweis

Seite 2 – BMAS
Seite 3 – Christiane Lang
Seite 4 – Deutscher Bundestag/Marco Urban (oben)
Bundeswehr/Wilke (unten)